

„Mehr Planung ist der falsche Weg“

Renate Allgöwer, 26.07.2012 13:06 Uhr



Berthold Wigger ist Finanzexperte in Karlsruhe. Er meint, mehr Wettbewerb würde die Qualität des Bildungssystems nicht beeinträchtigen. Foto: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/>

Stuttgart Wie sieht die Zukunft der Schulen aus? Schließungen und Stellenstreichungen sind unvermeidlich, sagt Professor Berthold Wigger.

Herr Wigger, müssen Lehrerstellen gestrichen werden?

Ich halte es für vollkommen selbstverständlich, dass man Lehrerstellen streicht, wenn es weniger Schüler gibt.

Aber man braucht doch zusätzliche Lehrer, wenn man die Qualität verbessern will.

Die wirklichen Defizite in unserem Bildungssystem haben wir nicht in der Schule – zumindest nicht, was den Umfang der Schulbildung angeht. Vielleicht gibt es organisatorische Defizite, aber nicht in dem Umfang. Wir sind jetzt in der Lage, eine demografische Dividende zu heben. Wenn wir jetzt nicht sparen, wird uns das in zehn, zwölf Jahren gewaltig einholen.

Ist es richtig, an den Schulen zu sparen?

Wir brauchen weder so viele Schulen wie in der Vergangenheit, noch brauchen wir so viele Lehrer wie in der Vergangenheit. Wir können also die demografische Dividende in der Weise realisieren, dass der Steuerzahler weniger Lasten tragen muss. Das gefällt aber den Lehrern nicht.

Was halten Sie von den Protesten?

Der Aufschrei ist schon ein bisschen merkwürdig. Wenn Stellen gestrichen werden, heißt das ja nicht, dass Personen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden sollen. Wir haben ja riesige Pensionierungswellen. Es geht einfach darum, dass Stellen, die durch natürliche Fluktuation frei werden, nicht wieder besetzt werden. Ich finde es interessant, dass die Lehrer so massiv gegen diese Anpassung sind. Wir haben es in der Hand, wie sich die demografische Dividende materialisieren wird. Wir können entweder weniger öffentliches Geld ausgeben. Das halte ich für die sinnvolle Variante. Wir können aber auch dafür sorgen, dass die Lehrer in Zukunft ein angenehmeres Leben in der Schule haben, weil weniger Schüler auf einen Lehrer entfallen. Das halte ich für die schlechtere Variante.

Andererseits gehen zu viele Kinder verloren, es droht Fachkräftemangel, und mehr individuelle Förderung ist nötig.

Es gehen tatsächlich zu viele Kinder verloren. Aber nicht erst in der Schule, sondern viel früher, aufgrund einer völlig unzureichenden vorschulischen Bildung. Wenn man mehr Geld pro Bildungsteilnehmer ausgeben will, dann nicht in der Schule, sondern in der Zeit davor. Bessere Bildungsangebote für Kinder aus sozial schwachen Familien, wenn die Kinder noch sehr klein sind, würden viel eher dazu führen, dass weniger Kinder verloren gehen.

Sehen Sie keinen Bedarf an mehr individueller Förderung in der Schule?

Ich sehe einen Bedarf an mehr Wettbewerb der Schulen untereinander. Die Perspektive, dass man den Schulen mehr Autonomie gibt, halte ich für vernünftig. Das heißt nicht, dass man nicht trotzdem an den Schulen sparen kann. Wenn ich die Schüler in den Klassenräumen suchen muss, sollte ich darüber nachdenken, die Schule zu schließen.

Plädieren Sie bei Grundschulen eher für mehr Lehrer als an weiterführenden Schulen? Nicht damit die Lehrer ein möglichst angenehmes Leben haben, sondern im Interesse der frühen Förderung?

Natürlich sollte man eher an der Grundschule vorschulische Bildungsdefizite korrigieren als am Gymnasium oder in der Hauptschule. Aber ursachengerecht wäre es, wenn wir noch viel früher ansetzen. Die Schule kann kein Reparaturbetrieb für fehlende Zuwendung in den ersten sechs Lebensjahren sein. Am besten wäre, die sozial Schwachen könnten möglichst früh gebührenfrei in die Kinderkrippe gehen. Das Betreuungsgeld ist dagegen bildungsökonomisch reiner Schwachsinn.

Müssen sich die Finanzierungsgrundlagen für die Schulen ändern?

Die Finanzierung sollte an die Schülerköpfe gekoppelt werden. Schulen sollten pro Schüler einen festen Betrag bekommen – unabhängig davon, ob die Schule öffentlich oder privat ist. Dann könnte ein fairer Wettbewerb entstehen. Das wäre wie Bildungsgutscheine. Jeder Schüler hätte Anspruch auf einen Bildungsplatz, den er in einer öffentlichen oder in einer privaten Schule belegen kann. Es ist ein eindeutiges bildungsökonomisches Resultat: Wenn öffentliche Schulen in Wettbewerb mit privaten

treten, steigen die Schülerleistungen. Das zeigt sich beispielsweise in den Niederlanden. Und wenn die Schülerzahlen zurückgehen, sinken die öffentlichen Ausgaben für die Schulen.

Dann könnte das Land auch die Lehrerzuweisungen aufgeben . . .

Diese Form von Planung braucht man dann nicht mehr.

Sollten Schulen Personalhoheit haben?

Ja. Dann können sie selbst entscheiden, ob sie große oder kleine Klassen bilden. Möglicherweise müssen sie den Lehrern mehr bezahlen, damit die die großen Klassen bewältigen. In den kleinen Klassen können sie pro Lehrer nicht mehr so viel ausgeben, weil sie mehr Personal brauchen. Ich vertraue da auf Eigeninitiative und eigene Entscheidungen.

Aber schwache Schüler brauchen dann doch mehr Bildungsgutscheine.

Das ist schwierig. Aber die Lehrer müssten sich möglicherweise von der Einheitsbezahlung verabschieden. Das könnten die Lehrer aber selbst entscheiden. Eine große Klasse macht mehr Arbeit als eine kleine, allein was die Korrekturen angeht, oder die Elternarbeit. Entweder kriegen diese Lehrer mehr Geld, oder sie sind für weniger Klassen in der Summe zuständig. Das kann sich alles ausdifferenzieren. Aber man kann das schwer durch öffentliche Planung organisieren. Das klappt besser, wenn die Schulen autonomer sind. Die wissen vor Ort am besten, wie es aussieht. Wenn aber eine Schule nicht mehr genügend Schüler bekommt, ist es doch selbstverständlich, dass die Schule geschlossen wird.

Wie kann es sein, dass manche Schulen mehr Lehrer haben, als sie bräuchten, und an anderen fehlt das Personal?

Das hängt mit diesen merkwürdigen Planungskennzahlen zusammen. Der Klassenteiler sieht ja vor, dass geteilt wird, wenn eine Klasse größer würde als 28 beziehungsweise 30 Schüler. Wäre die Lehrerzuweisung an die Schülerzahl gekoppelt, würden diese Ungleichgewichte nicht entstehen.

Was halten Sie vom Klassenteiler?

Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Klassengröße und Schülerleistung. Deshalb ist auch die Lehrer-Schüler-Relation nicht relevant. Zum Beispiel sind in Waldorfschulen die Klassen größer, das heißt aber nicht, dass die Schülerleistungen schlechter sind.

Dann ist ja bisher offensichtlich alles schiefgelaufen.

Es ist ein hochkomplexes Problem, dass man glaubt, durch Planung ausreichend steuern zu können. Man sollte sich stärker darauf verlassen, welche Informationen es vor Ort gibt, und mehr Entscheidungskompetenzen vor Ort zulassen. Allerdings sollte dort, wo die Entscheidungskompetenz angesiedelt wird, auch die Verantwortung übernommen werden. Die wird am besten dadurch übernommen, dass man die Mittel pro Schüler bekommt. Trifft man schlechte Entscheidungen oder bietet eine schlechte

Ausbildung an, bleiben die Schüler weg.

Kommunen wünschen sich regionale Schulentwicklung, also mehr Planung und mehr Abstimmung. Ist das der falsche Weg?

Die Abstimmung kann man entweder über Planung erreichen oder durch die Mittelzuweisung nach Schülern. In letzterem Fall entwickeln sich Kooperationen automatisch.

Professor

Berthold Wigger (46) leitet seit 2009 den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Seine Arbeitsgebiete sind Theorie und Politik der Besteuerung und Bildungsfinanzierung. Der Volkswirt ist seit 2007 im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium. 2012 wurde Wigger Mitglied im wirtschaftsliberalen Kronberger Kreis, dem Beirat der Stiftung Marktwirtschaft